

- Beschluss**
 Wahl
 Kenntnisnahme

Vorlagen Nr. 50/034/2009

öffentlich

Fachbereich: Sozialamt Bearbeiter/in: Frau Renate Theis	Datum: 05.11.2009 Az.: 50-5
--	--------------------------------

Beratungsfolge	Termine	Art der Entscheidung
Sozialausschuss	26.11.2009	Kenntnisnahme

Projekt "Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen West" - Sachstandsbericht

- Finanzielle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Personelle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Organisatorische Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Fachbereich: Sozialamt Bearbeiter/in: Frau Renate Theis	Datum: 05.11.2009 Az.: 50-5
--	--------------------------------

Projekt "Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen West" - Sachstandsbericht

Anlass der Vorlage:

In der Sozialausschusssitzung am 20.08.2007 wurde die Förderung des Projektes „Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen-West“ in Höhe von 15 % der jährlichen Gesamtausgaben der Stadt Ratingen, maximal jedoch 70.000,00 €, über einen Zeitraum von fünf Jahren beschlossen und um einen jährlichen Bericht gebeten. In der Sitzung am 17.11.2008 wurde dem Ausschuss mündlich über die Arbeit in diesem Projekt berichtet. Der Niederschrift wurde eine tabellarische Aufstellung der Aktivitäten beigelegt.

Sachverhaltsdarstellung:

Mit der Maßnahme wurde im August 2007 begonnen. Nach Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Ratingen am 19.04.2007 wurden bereits im Jahr 2007 noch einige Maßnahmen ausgeführt.

Im Rahmen dieses Projektes finden regelmäßige Treffen des „**Runden Tisches**“ statt. Hier sind Vertreter der Stadt Ratingen aus unterschiedlichen Fachbereichen, des SKFM, der Polizei, des Kreises Mettmann, der LEG und verschiedene Wohlfahrtsverbände vertreten. Aus diesem Arbeitskreis werden Handlungsvorschläge für die weitere Verbesserung der Situation in Ratingen West erarbeitet und durch die am „Runden Tisch“ beteiligten Institutionen umgesetzt.

Zu Beginn wurde an der Erfurter Str. 33 a in Ratingen West parallel zu den Räumlichkeiten der Polizei unter ordnungsbehördlichen Aspekten ein Stadtteilbüro eingerichtet, um so eine Vernetzung der verschiedenen Akteure aus dem sozialen und ordnungsbehördlichen Bereich (bspw. Migrationsberatungsstellen für Erwachsene, Jugendmigrationsdienst, Polizeibehörde, Ordnungsamt) zu erzielen. Diese Maßnahme erfolgte bereits im August 2007. Gleichzeitig wurde hier für die Dauer des Projektes von der Stadt Ratingen eine zusätzliche Stelle zur Projektkoordination geschaffen.

Ebenfalls wurde im August 2007 ein russischsprachiger Streetworker eingestellt. Einstellungsträger ist die Diakonie, die Einstellung erfolgte befristet für die Dauer des Projektes. So soll versucht werden, insbesondere die Zuwanderer aus dem russischsprachigen Raum zu erreichen, da es hier in der Vergangenheit immer wieder verstärkt zu Problemen gekommen ist. Zusätzlich erhält die Diakonie von der Stadt Ratingen einen Personalkostenzuschuss für eine Sozialarbeiterin im Spätaussiedlerbereich sowie einen Teil der Overheadkosten.

Die Präsenzzeit der Polizei in der Polizeiinspektion West wurde erhöht und eine zusätzliche Stelle geschaffen. Auf diese Weise wird das Sicherheitsgefühl der Bewohner verstärkt und die Zusammenarbeit mit dem erweiterten städtischen Außendienst möglich (in 2008 realisiert). Für 2009 kann festgestellt werden, dass die erhöhte Präsenz der Polizei und die verstärkte

Berstreifung durch den erweiterten Außendienst des Ordnungsamtes und der damit einhergehende intensive Informationsaustausch mit der Polizei zu einer Veränderung der Situation beigetragen und zu positiven Rückmeldungen aus den Kreis der Anwohner/innen geführt haben.

Zu Beginn des Jahres 2008 wurde ein Büro für den Streetworker als zentrale Anlaufstelle eingerichtet, um so auch Zugang zu besonders problematischen Zielgruppen zu erhalten. Das Büro soll einem intensiven und dauerhaften Kontaktaufbau dienen. Im weiteren Verlauf des Projektes (2009) wurde deutlich, dass hier der Schwerpunkt auf der Kommunikation mit Betroffenen, Beratung und Betreuung der Randgruppen auf dem Berliner Platz liegt sowie auf flankierenden Maßnahmen, um Verdrängungsprozesse abzufedern.

Im Rahmen des „Runden Tisches“ wurden folgende Arbeitsgruppen gebildet:

- AG Integration
- AG Niedrigeinkommen
- AG Angsträume

Die *AG Integration* führte im Jahr 2008 die „Zukunftswerkstatt“ durch. Hier wurden erstmalig in dieser Breite Eltern, Erzieher, Lehrer, Fachkräfte der Verbände und Verwaltung (auch des Sachgebietes Integration der Kreisverwaltung), Vertreter von Migrantenvereinen sowie Vertreter aus den Ratsfraktionen und des Integrationsrates zusammengeführt, um an dem Thema Integration und Bildungschancen für den Stadtteil zu arbeiten. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, die neue Impulse in die Diskussion einbrachten wurden in den drei Arbeitsgruppen „Schule“, „Sprache“, und „Elternarbeit“ Ziele definiert. Wobei insbesondere die Sprachförderung ein Schwerpunktthema war. Es wurden Ideen und Anregungen gesammelt sowie Handlungsansätze entwickelt. Die *AG Integration* erarbeitet auf dieser Basis weitere Maßnahmen.

Die *AG Niedrigeinkommen* hat das Projekt „Tauschbörse“ (Tauschring auf non-profit-basis) weiterverfolgt. Die Möglichkeiten der Durchführung dieser Maßnahme sind noch nicht abschließend eruiert. Dies hängt insbesondere von der Kostenintensität ab. Ergebnisse werden erst im nächsten Bericht vorgestellt werden können.

Die *AG Angsträume* unter Beteiligung der LEG hat bereits mehrere Vorhaben umgesetzt. Äußerst umfangreiche Umbaumaßnahmen an den Objekten der LEG wurden realisiert bzw. sind derzeit in Arbeit. Beispielsweise wurden die Hauseingänge komplett umgestaltet, gleiches gilt für die Keller-, Abstellräume und Flurbereiche der Häuser. Umfangreiche Videoüberwachungen wurden in den gesamten Gemeinschaftsräumen der Häuser installiert. Diese Maßnahmen werden derzeit an weiteren Objekten fortgeführt. Die Reaktionen der Bewohner waren bisher äußerst positiv.

Des Weiteren wurden Sichtachsen im gesamten Stadtgebiet, durch Rückschnitt von Hecken u.ä., geschaffen. Ziel war es, dunkle Ecken zu beseitigen und so das Sicherheitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern.

Die Durchführung dieser Maßnahmen führte zu einem Rückgang der Polizeieinsätze auf dem Berliner Platz von über 35 %, bei einem Vergleich der ersten Halbjahre 2007 und 2008.

Zur weiteren Unterstützung des Projektes Ratingen West wurde ein Reinigungskonzept erstellt. Zur Umsetzung wurden vier Arbeitskräfte saisonal befristet eingestellt und zwei Arbeitskräfte gem. § 16 a SGB II. Der Reinigungsrhythmus an den Verschmutzungsbrennpunkten „Berliner Platz“, „Grüner See“ und weiteren Grünflächen wurde entsprechend erhöht. Dieses Reinigungskonzept wurde in 2009 umgesetzt und hat bereits zu sichtbaren Erfolgen geführt. Die Fortführung dieser Maßnahme wird zur Zeit geprüft.

Die Erstellung des noch notwendigen Beleuchtungskonzeptes wird wegen der Komplexität und der erforderlichen personellen Ressourcen noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Fazit aus der *AG Angsträume* ist, dass durch die o.g. unterschiedlichsten Maßnahmen in den vergangenen 2 Jahren eine Verbesserung der Wohnsituation eingetreten ist. Der Veränderungsprozess schreitet Schritt für Schritt und unter Einbeziehung der Bevölkerung voran.

Im Rahmen der zukünftigen Ausrichtung der *AG Angsträume* ist es vorgesehen, sich auch dem Thema „Gewaltprävention“, insbesondere im Rahmen häuslicher Gewalt zuzuwenden.

Im Rahmen der Aufgaben des *Stadtteilbüros* wurde eine Datenabfrage bzgl. bestehender Aktivitäten und Projekte in Ratingen West durchgeführt. Die Datenanalyse macht deutlich, dass in einigen Bereichen Doppelangebote vorliegen. Hier ist geplant, im Rahmen von Gesprächen mit den Anbietern die Bündelung der Angebote zu erreichen. Darüber hinaus wurde auch deutlich, dass z.B. im Gesundheitsbereich Angebote fehlen. Hier sollen entsprechende Impulse gegeben werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt – die Einbeziehung der Schulen - wurde in 2009 aufgegriffen. In einem ersten Gespräch mit den Schulleitungen (unter Leitung des Schuldezernenten) wurden Möglichkeiten zur Initiierung von stadtteilbezogenen Schulprojekten erörtert. Konkrete Maßnahmen wurden noch nicht begonnen. Ergebnisse werden erst im nächsten Bericht vorgestellt werden können.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Vertreterinnen des Sachgebietes 50-5 regelmäßig an dem zentralen Steuerungsgremium „Runder Tisch“ teilnehmen und auf diesem Weg einerseits unmittelbare Informationen erhalten und andererseits auch an den Handlungsvorschlägen mitarbeiten können.

Für das Jahr 2008 erhielt die Stadt Ratingen einen Kreiszuschuss in Höhe von 30.086,34 € (15 % der angefallenen Kosten).

Der Zuschuss für das Jahr 2009 kann noch nicht beziffert werden, da er erst Ende des Jahres errechnet wird.